
FDP Bad Homburg

MIT GELBEN ROSEN UND UNTERSCHRIFTEN GEGEN HÖHERE PARKGEBÜHREN UND WENIGER PARKPLÄTZE

15.02.2022

– „Ganz Deutschland spricht von einer Belebung der Innenstädte und berät, wie wir unsere Innenstädte stärker und attraktiver machen können. Dabei spielt aber auch Erreichbarkeit eine wichtige Rolle!“, findet Tim Hordorff, Sprecher für Mobilität und Ortsvorsitzender der FDP Bad Homburg. „Da sind die Planungen die Parkgebühren in der Innenstadt zu erhöhen genau der falsche Weg – und trotzdem vermutlich nur der erste Schritt“, so Hordorff weiter.

Aus diesem Grund haben die Freien Demokraten eine Unterschriftenkampagne gegen die geplante Erhöhung der Parkgebühren ins Leben gerufen. „Unter www.parken-in-bad-homburg.de kann man digital, regelmäßig aber auch auf der Luisenstraße vor Ort, gegen die Pläne der CDU-SPD geführten Stadtregierung unterschreiben“, so Hordorff. Dabei stellt er klar: „Es geht um mehr als nur um die Parkgebühren. Vertreter der Christdemokraten haben im Ausschuss bereits eines klar gemacht: Die Parkgebührenerhöhung sei der erste Schritt, der zweite sei die Reduzierung der Parkflächen in der Innenstadt. Das geht nicht nur zu Lasten der Besucher unserer Innenstadt, das geht auch sehr zu Lasten der Anwohner, der in der Innenstadt Beschäftigten und der Einzelhändler“, findet Hordorff. Am gestrigen 14.2. – Valentinstag – ging es los. Mit gelben Rosen und Unterschriftenlisten im Arm stand die FDP Bad Homburg mit der Unterstützung der Jungen Liberalen Bad Homburg auf der Luisenstraße. „Der Andrang war viel größer als gedacht“, freut sich Janina Kaufmann, Vorsitzende der Kurstadt-JuLis. „Knapp 150 Unterschriften in 1,5 Stunden, so kann es gerne weitergehen.“

Aus Sicht der Freien Demokraten sollte die Stadtregierung und die sie tragende Koalition

schnellstmöglich von dieser Planung Abstand nehmen, die zugleich auch noch zu Unzeiten kommt. So würden die immer steigenden Lebenshaltungskosten, Stromkosten, Diesel und Benzin, aber auch die gestiegenen Tarifkosten beim RMV bereits jetzt viele Bürger sehr belasten. Aber auch für die Anwohner in der Innenstadt, die auf Grund oftmals historischer Bauten ohne eigenen Parkplatz auf diese Parkplätze angewiesen sind: „Wenn die SPD im Ausschuss erklärt, es gebe kein Recht in der Nähe des eigenen Hauses zu parken, kann man nur mit dem Kopf schütteln. Bürgerfreundliche Politik sieht ganz anders aus!“

„Hinzu kommt aber auch die Frage: Was soll hiermit eigentlich erreicht werden? Die Koalition spricht von einer Motivation für die Bürger in Parkhäuser zu fahren und nicht mehr auf der Straße zu parken. Wir erkennen darin aber keine Motivation, sondern eine Gängelung. Mehr nicht! Aus unserer Sicht muss klar sein: Wenn ich jemanden zu einem anderen Verhalten motivieren will, muss ich dieses attraktiver gestalten und nicht sein bisheriges Verhalten sanktionieren. Ein Fehler, der sich jedoch durch die Verkehrsplanung der aktuellen Stadtregierung durchzieht. Es braucht grundsätzlich mehr »Miteinander« statt »Gegeneinander« – egal ob in der Frage Fußgänger, Auto oder Fahrrad oder auch bei den Parkplätzen“, so Hordorff.

Für die Liberalen ist deshalb klar, dass die Erhöhung von Parkgebühren nicht der richtige Weg sein kann. „Im Wahlkampf haben beinahe alle Parteien beschworen, dass Steuern und Gebühren nicht angefasst werden würden. Kaum ein halbes Jahr später scheint dies bei vielen Kolleginnen und Kollegen in Vergessenheit geraten zu sein. Während man bei unserer Nachbarkommune im Taunus-Carre umsonst im Parkhaus stehen darf, soll man nun in Bad Homburg selbst für kurze Aufenthalte noch mehr zur Kasse gebeten werden und die Anwohner werden langfristig von ihrer eigenen Haustür vertrieben“, stellt Hordorff fest. „Die Stadt hat grade erst ein neues Marketing-Konzept vorgestellt: Bad Homburg soll attraktiver auftreten und für sich werben – den Gedanken teilen wir. Die Einkaufsstadt soll attraktiver werden – den Gedanken teilen wir. Weshalb man dann mit noch höheren Gebühren und unattraktiveren Parkplätzen Einwohner und gerade die für unser Mittelzentrum wichtigen auswärtigen Kunden vertreibt, muss man mir aber noch einmal erklären. Wir kämpfen weiter gegen diese bürgerunfreundliche Politik und bitten daher um Ihre Hilfe und Unterschriften“, so Hordorff abschließend.